

**SCHRIFTSTELLER UND IHRE REPUBLIK
BUNDESDEUTSCHE AUTOREN
UND IHR GESELLSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT IN DEN 50er
UND 60er JAHREN**

MONIKA PRÁCHENSKÁ

Abstract**The Writers and their Republic**

The article focuses on the modernization of the West German literary milieu in the years from 1945 to 1968/9. The main features of the modernisation are according to Práchenská the change of generations and the political engagement of the most of the writers. The experience with National Socialism and the revolutionary years 1968/9 changed the attitude to social engagement of the post war cultural representatives in West Germany. Many writers tried to realise their ideological requests by social (mainly protest) activities or direct in the political sphere as members of the political party (SPD). However limited was their political capability, they became moral authority which helped to secure the democratic regime of West Germany.

Keywords: German writers, protest movements, democratization, West Germany

Die Modernisierung des kulturellen Lebens, das stark von der national-sozialistischen Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg dezimiert worden war, war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die weitere und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik. Die Modernisierung des literarischen Lebens verlief auf drei verschiedenen Ebenen. Erstens suchten die Autoren einen Anschluss der deutschen Literatur, die nach 1933 schnell ihren Platz auf der internationalen Szene verloren hatte, an die Weltliteratur. Zweitens mussten die Interessenverbände und Interessenvereine der Schrift-

steller neu und zeitgemäß organisiert werden. Dies wurde nicht nur durch das Verbot von verschiedenen Organisationen in der NS-Zeit verkompliziert, sondern auch durch die Teilung Deutschlands. Drittens konnte man neue Tendenzen auch im Verhältnis der Schriftsteller zu ihrem Staat beobachten. Gerade das Engagement der Autoren im alltäglichen, politischen und gesellschaftlichen Leben ist für meine Studie am interessantesten, da hier die Modernisierung nicht nur der allgemeinen Definition eines Prozesses, bei dem Altes durch Neues ersetzt wird, entspricht, sondern einen Typus des gesellschaftlichen Wandels darstellt, der zu einer zunehmenden Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Veränderungen führt.¹ Wenn es sich in den ersten zwei Punkten eher um eine Wiederkehr oder eine Anknüpfung an die Vorkriegsentwicklung handelt, die durch die NS-Herrschaft gewaltsam unterbrochen und teilweise vernichtet worden war, stellen das Engagement der Schriftsteller nach dem zweiten Weltkrieg und seine Formen etwas in der deutschen Geschichte bisher Ungewohntes dar.

In der vorliegenden Studie wird dieses Phänomen untersucht. Des Weiteren wird versucht, die einzelnen Aspekte dieses Engagements und dessen Verwandlungen im Laufe der Zeit darzulegen sowie dessen Rolle in der Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern. Ebenfalls steht die Frage nach den Motiven und Beweggründen der Schriftsteller für ihr Engagement im Mittelpunkt der Arbeit. Diese Untersuchung umfasst die Zeitspanne von den Nachkriegsjahren bis zum Jahr 1968/1969, das mit einem tiefen gesellschaftlichen Umbruch der westdeutschen Gesellschaft verbunden ist und einen Höhepunkt der westdeutschen Nachkriegsentwicklung markiert. Zugleich eröffnet es auch eine neue Etappe der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik. „Zweifelloos haben die Ereignisse der Jahre 1968/69 auch für die Existenz der Literatur den tiefgreifendsten Umbruch seit 1945 gebracht.“²

¹ Zur Definition der Modernisierung vgl. Endruweit, Günther – Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearb. und erw. Aufl., Stuttgart 2002 oder Fuchs-Heinritz, Werner – Lautmann, Rüdiger (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. völlig neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1994 oder Hillmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 4. überarb. und erg. Aufl., Stuttgart 1994 (Stichwort Modernisierung).

² Barner, Wilfried (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart, München 1994, S. 168. Einige Arbeiten setzen die Zäsur schon früher, im Jahre 1967 ein. Vgl. dazu Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer, Ludwig (Hrsg.): Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986, S. 29–96, bes. S. 37ff (Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart Bd. 10).

Im ersten Teil dieser Studie (Junge Generation der Schriftsteller als Träger der Modernisierung) werden ideologische Ausgangspunkte der jungen Schriftstellergeneration dargelegt. Die Lage vor dem Zweiten Weltkrieg wird mit der Nachkriegszeitrealität verglichen sowie die neuen Tendenzen im Engagement der Schriftsteller aufgezeigt. Der zweite Teil (Proteste der Schriftsteller) stellt die wichtigsten Ereignisse des gesellschaftlichen und politischen Engagements der Schriftsteller chronologisch dar. Ferner wird versucht, sowohl die Motivation der Literaten für ihr Engagement zu erläutern als auch auf die Erfolge, evt. Misserfolge dieses Engagements hinzuweisen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Spiegel-Affäre und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze gewidmet, denn sie werden oft als „Kristallisations- und Wendepunkte“ in dem Verhältnis der Intellektuellen zur Regierungspolitik bezeichnet.³ Der dritte Teil (Schriftsteller für die SPD) beschäftigt sich mit dem parteipolitischen Engagement der Autoren für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zeigt die Höhen und Tiefen dieser Partnerschaft. Außerdem möchte ich die Gründe analysieren, warum sich die Schriftsteller entschieden, gerade diese Partei zu unterstützen.

Junge Generation der Schriftsteller als Träger der Modernisierung

Nach der nationalsozialistischen Diktatur gab es so etwas wie ein moralisches Vakuum – die Moralwerte der jüngsten Vergangenheit wurden unhaltbar und brachen zusammen. Die neuen Impulse und zahlreichen Anregungen für die gesellschaftliche und politische Gestaltung der Bundesrepublik schuf die neu geformte intellektuelle Schicht. Eine hervorragende Stellung innerhalb dieser Gruppe nahmen die Schriftsteller ein. Sie waren für ihre führende Rolle unter den Intellektuellen prädestiniert, da sie die Kunst des öffentlichen Wortergreifens sehr gut beherrschten, was ihnen einen großen Vorteil bei der Mitwirkung an der öffentlichen Debatte gab.⁴ Hinzu kam noch die rasche Entwicklung der Massenmedien, die

³ Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim – Basel 1982, S. 85.

⁴ Zur Problematik Schriftsteller als Intellektuelle vgl. Jäger, Georg: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriss. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73), Tübingen, 2000, S. 1–28.

es den Schriftstellern ermöglichte, sich ein breiteres Publikum sowohl für ihre Werke als auch und vor allem für ihre Statements zu verschaffen.

Für die Intellektuellen in der Weimarer Republik galt das Paradox „eines politischen Engagements unpolitischer Intellektueller“.⁵ Das politische Engagement der deutschen Intellektuellen gab es zwar schon in dieser Zeit, es richtete sich aber gegen die Politik im westeuropäischen Sinne des Wortes. Die Front gegen die Weimarer Republik verband bekanntlich die radikale Rechte mit der radikalen Linken.⁶ Die Intellektuellen waren eindeutig für den Untergang der ersten deutschen Demokratie mitverantwortlich. Die These, dass sie sich in ihrer Mehrzahl dem Nationalsozialismus fernhielten, ist aufgrund der Geschichtsforschung der letzten Jahrzehnte nicht mehr haltbar.⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich die Lage.⁸ Konservative und nationalistische Denkweise wurde diskreditiert, die früheren politischen und sozialen Gegensätze wurden im Laufe des Krieges weitgehend beseitigt.⁹ Im Unterschied zur Weimarer Republik waren die Schriftsteller und Intellektuellen nun bereit, sich für Deutschland zu engagieren.¹⁰ Zwar engagierten sich die meisten nicht parteipolitisch, was eine Parallele zur Weimarer Republik darstellte, aber im Gegensatz zur Weimarer Republik wollten die Intellektuellen in der Bundesrepublik nie die Verfassung brechen.¹¹ Alle ihre Proteste verliefen auf der Grundlage der Verfas-

⁵ Greiffenhagen, Martin: Die Intellektuellen in der deutschen Politik, *Der Monat* 233 (1968), S. 37.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Pešek, Jiří: *Ve znamení kontinuity: Nad novou literaturou k dějinám německých a rakouských universit let 1933–1945* (1950), *AUC Studia territorialia III. 2001 Studia germanica et austriaca*, Praha 2002, S. 151–188 oder Stachorski, Stephan (Hrsg.): *Fragile Republik*. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1999.

⁸ Zum Thema Intellektuelle in der Bundesrepublik nach 1945 vgl. ein sehr gelungener Beitrag von Birgit Pape: *Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967*. In: Schlich, Jutta: *Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland*. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Tübingen 2000, S. 295–324.

⁹ Vgl. Bergsdorf, Wolfgang: *Ohnmacht und Anmaßung. Das Verhältnis von Intellektuellen zur Politik*, *Die Politische Meinung* 23 (1978), S. 53–66 oder Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): *Die Intellektuellen. Geist und Macht*, Pfullingen 1982, wo auch die Beiträge von Helmut Sahelsky, Raymond Aron oder Kurt Sonheimer zu diesem Thema zu finden sind.

¹⁰ Vgl. Die Reden von sieben Autoren, die sie auf dem Zweiten Schriftstellerkongress im Frankfurt 18.–19. Mai 1948 hielten. In: Bechtoldt, Heinrich (Hrsg.): *Literatur und Politik. Sieben Vorträge zur heutigen Situation in Deutschland*, Konstanz 1948.

¹¹ Vgl. dazu: Greiffenhagen 1968, S. 33–43 oder Burns, Rob – Will, Wilfried van der: *Protest and Democracy in west Germany. Extraparliamentary Opposition and the Democratic Agenda*, Basingstoke 1988 oder Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): *Die Intellektuellen. Geist und Macht*, Pfullingen 1982.

sung.¹² Sie versuchten nie, die Republik zu stürzen oder die so mühsam errungenen demokratischen Freiheiten und Prinzipien zu verletzen. Oft entsprangen ihre Proteste gerade der Befürchtung, dass diese Werte und Grundrechte beschränkt werden könnten. Die Intellektuellen in der Weimarer Republik waren im Unterschied dazu nie in ihrer Mehrheit dazu bereit, die Republik zu verteidigen.

Im Gegensatz zur traditionellen unpolitischen oder sogar antipolitischen Haltung der deutschen Intellektuellen und Dichter dominierte nach dem Zweiten Weltkrieg der Typus des engagierten Künstlers. Birgit Pape vertritt in ihrer Studie „Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967“ eine ähnliche Position, wenn sie feststellt, dass „ein bedeutender Teil intellektueller Kräfte fortan ihr Engagement nicht länger ausschließlich auf den verbalen Diskurs beschränken wollte.“¹³ Dieser Typus wurde in der Bundesrepublik Deutschland vor allem durch die sog. „junge Generation“ von Schriftstellern verkörpert. Gerade aus dieser „jungen“ Generation kamen die meisten Impulse und Ideen für die Modernisierung sowohl des kulturellen Lebens als auch des gesellschaftlichen und politischen Alltags.

Für die junge Generation war die Dichtung keine Privatsache mehr. „Jung“ bedeutete keine Altersbezeichnung, sondern eher das Programm – die Distanzierung vom Vergangenen, Alten, unabhängig davon, ob es sich um Personen oder um die früheren Perioden der deutschen Geschichte handelte. Die alte Generation wurde für den politischen und geistigen Bankrott Deutschlands verantwortlich gemacht. Ein absoluter geistiger, wirtschaftlicher und politischer Neubeginn wurde gefordert. „Aus der Verschiebung des Lebensgefühls, aus der Gewalt der Erlebnisse, die der jungen Generation zuteil wurden und die sie erschütterten, erscheint ihr heute die einzige Ausgangsmöglichkeit einer geistigen Wiedergeburt in dem absoluten und radikalen Beginn von vorn zu liegen.“¹⁴ Die junge Generation war anfangs unerfahren in den öffentlichen Auftritten. Es mangelte ihr an Bildung, Übersicht und Erfahrung, da die meisten von ihnen zu Beginn des Krieges noch Jugendliche gewesen waren und direkt von der

¹² Vgl. Hoffmann, Ferdinand: Von Weimar bis Bonn? Zwei deutsche Republiken und ihre Dichter. In: Ingen, Ferdinand van – Labrousse, Gerd (Hrsg.): Literaturszene Bundesrepublik. Ein Blick von draußen. Symposium an der Freien Universität Amsterdam, Amsterdam 1988, S. 179–209.

¹³ Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich 2000, S. 297.

¹⁴ Richter, Hans Werner: Warum schweigt die junge Generation? In: Neunzig, Hans A. (Hrsg.): Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation. Eine Auswahl, München 1976, S. 63.

Schule oder Universität zum Reichsarbeitsdienst oder in die Wehrmacht einberufen worden waren. Trotzdem übernahm diese jüngere Generation bald die führende Rolle.¹⁵ Die meisten namhaften Schriftsteller der alten Generation¹⁶ wurden zwar ins Projekt der geistigen Umerziehung der Deutschen (reeducation) eingegliedert und waren von den Alliierten als Sinnvermittler gefragt, andererseits wurden ihr moralischer Kredit und das Recht, Trost und Rechtfertigung zu spenden, wegen ihrer Vergangenheit in Frage gestellt.¹⁷ Dieses galt besonders für die „inneren Emigranten“¹⁸.

Das Durchschnittsalter der jungen Generation lag im Jahre 1945 bei dreißig Jahren.¹⁹ Mit dreißig können sie zwar nicht mehr als „junge Generation“ im ursprünglichen Sinne verstanden werden. Sie bildeten vielmehr eine Generationengemeinschaft. „Selten in der Geschichte eines Landes, das einen Krieg und mehr als einen Krieg verlor, hat sich eine derartige geistige Kluft zwischen zwei Generationen aufgetan wie heute in Deutschland.“²⁰ Ihre Persönlichkeiten wurden in der NS-Zeit und an der Front geformt und ihre Wahrnehmung und Gesinnung wurde von den Kriegseignissen und Erfahrungen der NS-Zeit stark geprägt. Das alles hatte der Abstand zwischen den Generationen vertieft, der wohl eher ein Generationsbruch in den Augen der jungen Autoren war. Sie verstanden sich als Träger der Erneuerung.

Typisch für die junge Generation der Schriftsteller war die Suche nach einem dritten Weg, weil sowohl die kapitalistische als auch die kommunistische Ideologie²¹ diskreditiert waren. Die erste durch die Ermöglichung des NS-Aufstiegs, die zweite durch die undemokratische und totalitäre Machtausübung in der UdSSR. Die Wiederherstellung der Verhältnisse, sowohl der wirtschaftlichen als auch geistigen, die Deutschland schon einmal in die Katastrophe geführt hatte, fanden die Intellektuellen gefährlich. Politisch repräsentierten die jungen Autoren, die sich um die Zeitschrift „Der

¹⁵ Vgl. Barner 1994, S. 15.

¹⁶ „Alte Generation“ bezeichnet die Autoren, die schon vor 1933 publizierten.

¹⁷ Barner 1994, S. 10.

¹⁸ Z.B. Werner Bergengruen, Ernst Weichert, Frank Thiess, Hans Carossa.

¹⁹ Alfred Andersch 31, Arno Schmidt 31, Hans Werner Richter 33, Walted Kolbenhoff 37, Günter Eich 38, Wolfgang Weyruch 38, Heinrich Böll 28, Wolfgang Borchert 24, Wolfgang Koeppen 39.

²⁰ Richter 1976, S. 60.

²¹ Zum Thema Antikomunismus als Identifikationsfaktor vgl. Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 48f oder Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/Main 1989.

Ruf“ gruppierten, die Position des freiheitlichen „humanen Sozialismus“.²² Sie glaubten, in diesem gesellschaftlichen Modell den besten und gerechten Ausweg gefunden zu haben. Diese neue politische Ordnung hätte nicht nur für das ungeteilte Deutschland, sondern für ganz Europa gelten sollen.²³ Sie repräsentierte eine Alternative zu den zwei herrschenden welt-dominierenden Ideologien – dem Kapitalismus und dem Stalinismus. Der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands hätte auf den Vorteilen des Sozialismus (Planung, Sozialisierung der Monopolbetriebe) aufgebaut werden sollen, der politische Aufbau – auf den Vorteilen der bürgerlichen Demokratie (Freizügigkeit, Pluralismus). Deutschland hätte dank seiner historischen Erfahrung und seiner zentralen Lage als Vermittler zwischen West und Ost wirken sollen.²⁴ Alfred Andersch schrieb: „Nirgends ist der Wunsch nach Ausgleich zwischen West und Ost nämlich stärker beheimatet als in Deutschland. Nirgends weiß man besser als in diesem Lande, dass eine gedeihliche Zukunft gerade auch für Deutschland nur gefunden werden kann, wenn Westen und Osten zu einer gemeinsamen Lösung der deutschen Frage sich aufraffen.“²⁵

Es waren aber nicht nur die jungen Autoren um die Zeitschrift „Der Ruf“ herum, die diese Zukunftsvorstellung gemeinsam hatten. Auch andere Zeitschriften wie „Die Wandlung“, „Ost und West“ und „Frankfurter Hefte“ vertraten eine ähnliche politische Auffassung. Diese Ideen fanden auch in den einzelnen politischen Parteien ihre Anhänger, so war es in der Sozialdemokratie Kurt Schumacher und im christlichen Sozialismus der CDU, Jakob Kaiser. Die CSU und die Liberalen teilten diese Ansichten nicht. In diesem Zusammenhang erscheint es durchaus angebracht, von einem beherrschenden „sozialistischen Geist“ im politischen Raum während der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu sprechen. Es stünde einer Restaurations-Bewegung bewusst entgegen, auch wenn „Sozialismus“-Vorstellungen bei den unterschiedlichen Gruppierungen einen sehr uneinheitlichen Charakter hatten.²⁶

Kennzeichnend für die ersten Nachkriegsjahre war der Pathos und der Idealismus eines Neubeginns. Die Autoren glaubten, dass die Lage nach

²² Barner 1994, S. 16.

²³ Barner 1994, S. 16.

²⁴ vgl. Müller 1982, S. 36.

²⁵ Andersch, Alfred: Die freie deutsche Republik als Brücke, Der Ruf 1. 12. 1946, hier zit. nach: Wagenbach, Klaus – Winfried, Stephan – Krüger Michael (Hrsg.): Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1949, Berlin 1979, S. 65.

²⁶ Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 47.

1945 nur in den Händen der Deutschen lag. Sie überschätzten die realen Möglichkeiten deutscher Politiker, den Lauf der Ereignisse zu beeinflussen, und unterschätzten zugleich die immensen Befugnisse der Besatzungsmächte in Deutschland sowie ihre politischen Ziele. Mit der Realpolitik des Nachkriegsdeutschlands konnten sich die meisten Autoren der jungen Generation nicht abfinden. Die Beziehung der Schriftsteller zur neuen Republik wurde von dieser Erfahrung der ersten Nachkriegsjahre stark geprägt. Wie Hans Werner Richter im Gespräch mit Helmut L. Müller im Jahre 1978 sagte: „An den Hoffnungen auf eine politische und soziale Ordnung, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit formuliert worden waren, maßen die Autoren später immer wieder das tatsächlich Erreichte.“²⁷

Den Grund, warum sich die Intellektuellen nur sehr selten parteipolitisch engagierten, sehe ich ähnlich wie Hans-Günter Lanfer in der Orientierung der Schriftsteller an einem „theoretischen, individualistischen, kosmopolitischen Horizont“. Kompromisse bedeuteten für sie eine Schwäche, sie erkannten die Politik des Machbaren nicht an.²⁸ Gerade diesen moralischen Impetus der Intellektuellen, der unter dem Begriff „die Stimme des Gewissens“ zusammengefasst wird, kann man als den bedeutendsten Beitrag der Intellektuellen zur bundesdeutschen Moral und damit auch zur Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft betrachten. Die Tatsache, dass die Schriftsteller ziemlich schnell die Rolle des Gewissens der Nation wieder übernahmen, hing mit der deutschen Tradition des Staatsverständnisses zusammen, das durch die unvollständige Selbstständigkeit der Bundesrepublik dank der Vorbehaltsrechte der Alliierten verstärkt wurde. „Die ‚Dichter und Denker‘ erschienen gewissermaßen als stellvertretende Sprecher eines ‚Volkes‘, das die staatliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens nie als die von ihm selbst getragene Verfassung öffentlicher Angelegenheiten verstehen konnte. Die Schriftsteller wie auch überhaupt die politisch wache kulturelle Elite, sahen sich daher zwei ‚Blöcken‘ gegenüber gestellt: Dem zwar bürgerlichen, aber nach wie vor obrigkeitlich wirkenden Staat und dem an diesem Staat desinteressierten, politisch apathischen ‚Volk‘.“²⁹ Die pragmatische Politik der CDU

²⁷ Müller 1982, S. 40.

²⁸ Lanfer, Hans-Günter M.: Politik contra Parnass. Eine Studie über das Verhältnis der Politiker zu den engagierten Schriftstellern in der Bundesrepublik Deutschland unter chronologischen und systematischen Aspekt, Frankfurt/Main 1985.

²⁹ Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 74.

und der Führungsstil Konrad Adenauers ermöglichte keine direkte Integration der Intellektuellen in das alltägliche politische Leben der unmittelbaren Nachkriegsjahre.

Die jungen Schriftsteller zogen sich aber nicht in ihren Elfenbeinturm zurück, sondern formten verschiedene Protestbewegungen und aktionistische Kreise mit. Die Gründung und Entwicklung der modernen deutschen Bürgergesellschaft wäre ohne die Mitwirkung der Intellektuellen unmöglich gewesen. Die Mehrheit der jungen Schriftsteller wollte ihr Engagement nicht mehr allein auf ihre Werke beschränken. Sie waren sich ihrer Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik bewusst. Aber auch einige selbst traditionalistisch orientierte Autoren, wie z.B. Reinhold Schneider (1903–1958) oder Stefan Andres (1906–1970), mischten sich in das politische Leben der Bundesrepublik ein, wenn es sich um den Antikommunismus, die Wiederbewaffnung oder die Notstandsgesetzgebung handelte.

Proteste der Schriftsteller

Den ersten Impuls für das öffentliche Engagement der Schriftsteller nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland stellte die geplante Wiederbewaffnung dar. Die Autoren protestierten gegen die einzelnen Phasen der Wiederaufrüstung (Januar 1952: Unterzeichnung des Generalvertrags, März 1953: Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Mai 1955: Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO).³⁰ Sie nahmen an der öffentlichen Diskussion teil, unterschrieben Appelle und Protesterklärungen. Die Beweggründe für das öffentliche Auftreten der Literaten waren ihre Angst vor einem neuen Weltkrieg und vor einem daraus resultierten weiteren Auseinandertreiben der beiden Teile Deutschlands. Explizit wurde diese Gefahr auch in den literarischen Werken der fünfziger Jahre benannt.³¹

Der wohl bekannteste von diesen Protesten ist das Deutsche Manifest (Paulskirchen-Manifest) vom 29. Januar 1955 unter dem Motto – „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden. Gegen Kommunismus und Nationalismus.“³² Dieses

³⁰ vgl. Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 119–138.

³¹ vgl. u.a. Alfred Anderschs autobiographische Erzählung „Die Kirschen der Freiheit“ oder Wolfgang Koeppens Roman „Tauben im Gras“ oder Ingeborg Bachmanns Gedicht „Die gestundete Zeit“.

³² <http://www.dradio.de/dlr/sendungen/kalender/342296/>.

Manifest appellierte an die Bundesregierung und den Bundestag, die Pariser Verträge nicht zu unterzeichnen, damit die Spannung zwischen Ost und West nicht verstärkt würde und eine Wiedervereinigung weiterhin möglich bliebe.³³ Dieses Manifest wurde von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Gustav Heinemann, Prof. Carlo Schmidt, Erich Ollenhauer, Georg Reuter, Ernst Lange, Prof. Johannes Essen, Prof. Alfred Weber, Helmut Gollwitzer) unterschrieben. In dem Deutschen Manifest hieß es unter anderem: „Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann, oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muss – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab. Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muss die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Das furchtbare Schicksal, dass sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.“³⁴ Im Namen der Paulskirchen-Bewegung fanden in der ganzen Bundesrepublik Mahnwachen und Demonstrationen statt. Der Protest blieb zwar ohne direkte politische Wirkung, denn die CDU/CSU hatte im Bundestag die absolute Mehrheit und die Pariser Verträge wurden am 27. Februar ratifiziert, trotzdem hatte er eine große Bedeutung. Das Deutsche Manifest kann als die erste größere organisierte außerparlamentarische Aktion der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden.³⁵ Sie verband die politischen Organisationen, wie die SPD und die Gewerkschaften, mit der kulturellen und geistlichen Sphäre. Gerade die Intellektuellen – Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler (z.B. Walter Dirks, Max Bense, Margret Boveri, Albrecht Goes, Ernst Penzoldt, Alfred Weber) – und die evangelische Kirche spielten bei dieser Bewegung eine große Rolle.

Die Proteste der Schriftsteller blieben aber nicht nur auf die Wiederaufrüstung und den Wunsch nach der Wiedervereinigung, der nach dem Aufstand von 17. Juli 1953 noch stärker artikuliert wurde, begrenzt. Das häufigste Thema von Schriftstellerprotesten seit den fünfziger Jahren war außer

³³ vgl. Cepl-Kaufmann, Gertrude – Johanning, Antje: Die Genese des politischen Kabarett und die Anfänge des Düsseldorfer Kabarett „Kom(m)ödchen“, Dreisesselberg. Studien zur mitteleuropäischen Kultur und Zeitgeschichte 1 (2004), S. 91f (on-line Ausgabe unter: <http://sga.euweb.cz/dreisesselberg-text.pdf>).

³⁴ Deutsches Manifest. In: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 129

³⁵ Ebd., S. 130.

der Wiederbewaffnung die atomare Aufrüstung.³⁶ Mit der Atombewaffnung wurde die schon mit der Wiederaufrüstung verbundene Befürchtung der Intellektuellen vor einer steigenden Spannung und einem potenziellen Kriegskonflikt verstärkt. Die „Bombe“ gefährdete völlig die Möglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung. „Wir protestieren gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, weil sie jede weitere Verständigung zwischen Ost und West unmöglich zu machen droht, die Gefahr einer dritten Katastrophe für das deutsche Volk heraufbeschwört und die Wiedervereinigung verhindern kann. Die Anwendung atomarer Waffen ist Selbstmord. Eine zusätzliche deutsche Atomaufrüstung schreckt den Kommunismus nicht ab, sondern dient seiner Argumentation und Propaganda.“³⁷

Weitere Protestaktionen der Schriftsteller beschäftigten sich mit der Bewältigung der Nazivergangenheit und der Haltung der katholischen Kirche in der NS-Zeit sowie mit den Zensuraktivitäten. Sie protestierten gegen viele staatliche Maßnahmen, die sowohl die kulturelle und künstlerische Freiheit, als auch die politische betrafen. Schon im Jahre 1949 protestierte das PEN-Zentrum Deutschlands gegen das „Schmutz- und Schundgesetz“: „Die direkte oder indirekte Zensur widerspricht der internationalen PEN-Charta. Wir protestieren auch heute schon gegen die Einführung eines sog. Schmutz- und Schundgesetzes, weil wir seine missbräuchliche Anwendung fürchten.“³⁸ Die Proteste der Literaten trugen dazu bei, dass das Gesetz erst im Jahre 1952 und unter einem anderen Namen „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ verabschiedet wurde (es trat am 9. Juni 1953 in Kraft).³⁹ Diese Tatsache änderte aber nichts daran, dass die Schriftsteller weiter dieses Gesetz als „eines der dümmsten“ (Luise Rinser) empfanden und auf die Gefahr aufmerksam machten, dass „nicht die Freiheit des künstlerischen Schaffens, sondern die Freiheit selbst“ bedroht würde.⁴⁰ Als Folge dieses Gesetzes wurde im Jah-

³⁶ Vgl. z.B. Das Manifest „Frauen gegen die Atombewaffnung“ vom 1957, das von Schriftstellerinnen Ilse Eichinger, Luise Rinser, Ina Seidel u.a. unterzeichnet wurde oder die „Resolution von 4. September“, die im Rahmen der Schriftstellerversammlung im Jahre 1957 in Bonn verfasst wurde oder der Aufruf „Kampf dem Atomtod“ vom 1958, unter dem man die Unterschriften von Heinrich Böll, Stefan Andrea oder Walter Dirks finden kann.

³⁷ Gegen die atomare Bewaffnung. Ein Flugblatt vom 15. 4. 1958, zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 145.

³⁸ Gegen das „Schmutz- und Schundgesetz“ (Originalvorlage) zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 90.

³⁹ Ebd. S. 90.

⁴⁰ Vgl. dazu die Stellungnahmen einiger Schriftsteller in „Der Literatur“ 15. 10. 1952, zit. nach Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 93–95.

re 1954 die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften eingerichtet. Die Literaten sahen darin eine Möglichkeit des Staates, Zensurmaßnahmen gegen einige Künstler durchführen zu können. Dass ihre Sorgen nicht ganz unbegründet waren, zeigte der Fall Grass im Jahre 1962.⁴¹

Als wichtige Wendepunkte im Verhältnis zwischen bundesrepublikanischen Intellektuellen und Politikern werden oft die Spiegel-Affäre (1962) und der Kampf gegen die Notstandsgesetze (1968) genannt. In beiden Fällen gehörten die Schriftsteller zu den Wortführern der außerparlamentarischen Opposition.⁴² Beide Ereignisse haben einen gemeinsamen Nenner. Sie bedeuteten für die Schriftsteller einen Angriff auf die nach 1933 wieder so schwer errungenen demokratischen Freiheiten, war es die Presse- und Meinungsfreiheit im Falle „des Spiegels“ oder die potentielle Möglichkeit des Staates, die bürgerlichen Grundrechte außer Kraft zu setzen wie im Falle der „Notstandsgesetze“. Die Schriftsteller und Intellektuellen sahen es als ihre Pflicht, die Rolle des öffentlichen Anklägers zu übernehmen und auf die Schattenseiten dieser Entwicklung aufmerksam zu machen. Die Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse verstärkte sich durch diese Ereignisse in hohem Maße, der Wunsch nach politischer und gesellschaftlicher Erneuerung wurde lauter.⁴³

Die Spiegel-Affäre gab, wie Hans Gerd Winter schreibt, „den Schriftstellern einen Anlass zur Probe aufs Exempel“.⁴⁴ Gleich einen Tag nach der Besetzung der Redaktion am 28. Oktober 1962 wurde das „Manifest für den Spiegel“⁴⁵ veröffentlicht. Es nannte die politischen Absichten und den Verteidigungsminister Strauß beim Namen, beides, wie sich später herausstellte, zu Recht, und hatte eine außerordentliche Wirkung.⁴⁶ „Die Stel-

⁴¹ Am 28. 09. 1962 wurde bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften ein Antrag auf die Aufnahme Günter Grass' Novelle „Katz und Maus“ in die Liste der jugendgefährdenden Schriften wegen seiner angeblichen eigenwilligen Obszönität. Beide Gutachter kamen aber zum Schluss, dass es sich um „Kunst“ handle.

⁴² Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, hier S. 56.

⁴³ Vgl. Müller 1982, S. 85 oder Ahlers, Conrad: Ein „Abgrund von Landesverrat“. In: Klett, Roderich – Pohl, Wolfgang (Hrsg.): Stationen der Republik, Stuttgart 1979, S. 133f.

⁴⁴ Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 300.

⁴⁵ Das Manifest für den „Spiegel“ vom 28. 10. 1962 wurde auf der Westberliner Tagung der Gruppe 47 entworfen wurde und der von zahlreichen Intellektuellen (u.a. Uwe Johnson, Hans Werner Richter, Alexander Kluge, Martin Walser, Peter Weiß) unterzeichnet wurde. Original Text in: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 99.

⁴⁶ Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 100.

lungnahme zur Spiegel-Affäre, die mit zum Rücktritt des Verteidigungsministers Strauß beiträgt, sei durchaus noch Ausdruck eines traditionellen Verständnisses des Schriftstellers als „Gewissen der Nation“ [...] Doch das forcierte Eingreifen, das Sich-Stellen im politischen Tageskampf – was den Schriftstellern neben dem Vorwurf der Kompetenzenüberschreitung den eines „Abgrunds von Landesverrat“ (Adenauer) einbringt – zeigt den allmählichen Wandel des Bewusstseins.⁴⁷ Dieser Wandel wird dann wieder an dem Engagement der Schriftsteller gegen die Notstandsgesetze offensichtlich, er spiegelte sich vor allem aber im Engagement einiger Schriftsteller für die SPD wider.

Kampf gegen die Notstandsgesetze

Die Ereignisse des Jahres 1968 und der Kampf der Intellektuellen gegen die Notstandsgesetzgebung können als ein weiterer Prüfstein der Rolle der Schriftsteller und der Intellektuellen in der westdeutschen Gesellschaft bezeichnet werden. Das Jahr 1968 wurde für viele Schriftsteller und Intellektuelle zum Jahr der großen politischen Aktivität. Sie engagierten sich stark für die Aktionen gegen die Notstandsgesetze, um „das Bösartige an dieser Gesetzesvorlage“⁴⁸ zu zeigen.

Die Notstandsgesetze bezeichnete Heinrich Böll (1917 – 1985) sogar als „einen schon nicht mehr verkappten Nationalismus“.⁴⁹ Obwohl Bölls Ausdrücke sehr radikal und sicher übertrieben waren, war er nicht der einzige, der in der Notstandsgesetzgebung eine große Gefahr für die westdeutsche Demokratie sah. Hans Magnus Enzensberger erklärte z.B. „das Ende der zweiten deutschen Demokratie“ für absehbar.⁵⁰ Es blieb aber nicht nur bei den individuellen Stellungnahmen. Ganze Verbände, wie z.B. die Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände, appellierten an die Abgeordneten, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen: „Wir Schriftsteller rufen Sie in der letzter Stunde, im Bewusstsein deutscher Vergangenheit, aus Sorge um den Bestand der Demokratie in unserem Land auf, gegen die

⁴⁷ Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur in: Fischer 1986, S. 301.

⁴⁸ Vgl. Böll, Heinrich: Neue politische und literarische Schriften, Köln 1973, S. 16–19.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Enzensberger, Hans Magnus: Klare Entscheidungen und trübe Ansichten. In: Pinkerneil, Beate [u.a.]: Literatur und Gesellschaft, Frankfurt 1973, S. 250.

Verabschiedung der Notstandsgesetze im vorliegenden Wortlaut und zu diesem Zeitpunkt zu stimmen.“⁵¹ Die Schriftsteller nahmen an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze teil. Die zwei wichtigsten und bekanntesten fanden am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten und am 28. Mai 1968 im Sendesaal des Hessischen Rundfunks statt⁵². Die Intellektuellen und die Schriftsteller kritisierten die Gesetzesvorlage zur Notstandsgesetzgebung unter mehreren Aspekten. Die Gesetze würden zu schnell und daher schlecht abgefasst, auch zahlreiche Begriffe seien zu wenig definier- und abgrenzbar und die Machtverhältnisse im „Spannungsfall“ blieben zu unklar bestimmt.⁵³ „Dieses Gesetz kann innenpolitisch missbraucht werden, es lädt gerade dazu ein, jede aufflackernde außerparlamentarische Kritik, jede politische Bewegtheit außerhalb des Parlaments unter den Begriff „drohende Gefahr“ einzuordnen.“⁵⁴ Obwohl die Argumentationsweise vieler Intellektueller schon damals umstritten war, waren einige Argumente, wie z.B. „eine verdächtige Hast“ gar nicht haltbar, da der erste Entwurf der Notstandsgesetze schon im Jahre 1960 der Regierung vorgelegt worden war und der Wortlaut von 1968 ein lang überlegter politischer Kompromiss war.⁵⁵

In ihrer Argumentationsweise gegen die Notstandsgesetze gingen die Intellektuellen kaum auf die Einzelheiten ein – sie verwiesen nur generell auf den Missbrauch der anders lautenden Notstandsregelungen am Ende der Weimarer Republik,⁵⁶ auf die mangelnde Aufklärung der Öffentlichkeit⁵⁷ oder warfen dem Bundestag und der Bundesregierung eine undemokratische Haltung vor.

⁵¹ Der Spiegel 23 (1968), S. 22 (Auszug aus dem Telegramm der Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände an alle Bundestagsabgeordnete).

⁵² Die bekanntesten Redner waren Heinrich Böll, Siegfried Unseld, Alexander Mitscherlich, Theodor W. Adorno, Ulrich Klug und Helmut Ridder.

⁵³ Vgl. Heinrich Bölls Rede „Radikale für Demokratie“, die er anlässlich des Sternmarsches und der Großkundgebung im Bonner Hofgarten am 11. 05. 1968 hielt. In: Böll 1973, S. 16–19.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ulsamer, Lothar: Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt, Esslingen am Neckar 1987, S. 51.

⁵⁶ Vgl. Die Rede von Ernst Bloch auf dem Frankfurter Kongress „Notstand der Demokratie“ am 30. 10. 1966 siehe Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 239f oder Notstand der Demokratie. Materialien zum Kongress vom 30. 10. 1966, Frankfurt/Main 1967.

⁵⁷ Vgl. Heinrich Bölls Rede „Dunkel und trickreich“ im Sendesaal des Hessischen Rundfunks anlässlich der Kundgebung des Aktionskomitees „Demokratie im Notstand“ am 28. 05. 1968. „Es geht so dunkel und trickreich zu wie bei der Wiederaufrüstung, die uns die unselige Bundeswehr beschert hat.“ In: Böll 1973, S. 20f.

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die durch die Zustimmung der CDU/CSU und der SPD möglich wurde, wurden viele Intellektuelle, wobei die Literaten dabei keine Ausnahme bildeten, sehr enttäuscht und empfanden es als einen Sieg der restaurativen Kräfte. Der Konflikt zwischen Geist und Macht, zwischen Intellektuellen und Realpolitikern wurde an dem Streit um die Notstandsgesetze deutlich, da keine der beiden großen demokratischen Parteien der Meinung von Intellektuellen Gehör verschaffte. Dieser Konflikt war jedoch nicht destruktiv und nicht gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet. Im Gegenteil, sie versuchten, die neue deutsche Demokratie zu verteidigen. Als „Gewissen der Nation“ machten sie lediglich auf die möglichen Schattenseiten der neuen Gesetzgebung aufmerksam. Die Tatsache, dass auch die SPD für die Notstandsgesetzgebung gestimmt hatte, war besonders für die Schriftsteller, die diese Partei unterstützten, eine nur schwer nachvollziehbare Entwicklung.

Schriftsteller für die SPD

Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag in der Wahlperiode 1957–1961 war vielen Literaten ein Dorn im Auge und war offensichtlich ein Grund dafür, warum einige Schriftsteller schon während der nächsten Wahlkampagne im Jahre 1961 die SPD direkt unterstützten. „Während in den fünfziger Jahren die Geistigen eine antiideologische Haltung als gemeinsame Basis gehabt hätten, sei in den sechziger Jahren das Bild der freischwebenden Intellektuellen nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen. Bei allen Vorbehalten hätten die Schriftsteller und Intellektuellen jetzt Anlehnung an die SPD gesucht und damit einen aktiven Anteil am politischen Geschehen genommen.“⁵⁸

Die Zuwendung der Schriftsteller und Intellektuellen zu der SPD stellt einen wichtigen Wendepunkt von den fünfziger zu den sechziger Jahren dar. Carlo Schmidt rief schon 1958 ausdrücklich in seiner Rede „Über die Intellektuellen und die Demokratie“ die Intellektuellen auf, sich parteipolitisch zu engagieren, was die Demokratie stärken würde.⁵⁹ Viele Intellektuelle sahen die Möglichkeit einer Änderung der Regierungspolitik primär

⁵⁸ Vgl. Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim und Basel: Beltz 1982, S. 70.

⁵⁹ Vgl. Schmidt Carlo: Die Intellektuellen und die Demokratie. Hamburg: Lichtwark-Stiftung 1958.

an den Wechsel der führenden Akteure gebunden, deshalb fingen sie zögernd an, die SPD zu unterstützen.⁶⁰ Im Jahre 1961 gab Martin Walser einen Sammelband unter dem Titel „Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“⁶¹ heraus, der zwar nur eine vage Unterstützung der SPD darstellte, aber dennoch als ein Novum in der Beziehung der Intellektuellen zur deutschen politischen Szene bezeichnet werden kann. Das Taschenbuch dokumentierte den Widerstand gegen Franz Josef Strauß und den, wenn auch vielfach gebrochenen, Wunsch nach einer anderen, einer sozialdemokratischen Zukunft.⁶² Zwanzig Schriftsteller⁶³ äußerten sich hier essayistisch zur Trägheit und mangelnden Fähigkeit zur Selbstreflexion der damaligen Regierung und der Parteien. Siegfried Lenz fasste die Gründe für die Unterstützung der SPD in seinem Beitrag „Die Politik der Entmutigung“ wie folgt zusammen: „Die SPD steht in der Opposition, in beharrlicher Opposition, und wenn sie das uns auch nahe bringt, so liegt darin noch kein Verdienst. Sie hat sich außen- und innenpolitisch auf manchen Gebieten in eine ironisch anmutende Nähe der Regierungspolitik begeben.[...] Schließlich steht außer Zweifel, dass wir auch eine SPD-Regierung, wie jede nur denkbare Regierung zu ertragen hätten. Dennoch bin ich dafür, ihr die Regierung zu übertragen. Ich bin für sie, weil ich weiß, dass einige ihrer führenden Männer Gerechtigkeit nicht von Politik trennen.[...] und ich bin zuletzt für sie, weil sie uns einen anderen Verteidigungsminister präsentieren würde.“⁶⁴

Es war also der Wunsch nach einer neuen Politik, die Begriffe wie Moral und Gerechtigkeit wieder in Vordergrund stellte, statt nur Profit, Wirtschaftsaufstieg und Wiederbewaffnung zu betonen. Diese von der CDU/CSU betriebene und in der Meinung vieler Intellektueller in eine weitere Katastrophe mündende Politik fand in der Person des CSU-Vor-

⁶⁰ Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich 2000, S. 310.

⁶¹ Walser, Martin (Hrsg.): „Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“, Reinbek bei Hamburg 1961.

⁶² Steinfeld, Thomas: Walser wechselt. Das schwere Erbe des Blitzherleiters, Süddeutsche Zeitung 27. 02. 2004, on-line Version unter: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/509/27482/>.

⁶³ Martin Walser, Siegfried Lenz, Carl Amery, Gerd Hirschauer, Axel Eggebrecht, Gerhard Szczesny, Peter Rühmkorf, Hans Josef Mundt, Paul Schallück, Hans Magnus Enzensberger, Wolfdietrich Schnurre, Franz Schonauer, Günter Grass, Heinz von Cramer, Christian Ferber, Otl Aicher, Inge Aicher-Scholl, Erich Kuby, Gerhard Schoenberner, Fritz J. Raddatz, Hans Werner Richter.

⁶⁴ Lenz, Siegfried: Die Politik der Entmutigung in: Walser 1961, hier zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 196f.

sitzenden und Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauss ihre Personifizierung. Sein Vorgehen gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ im Jahre 1962 bestätigte nur diese negative Meinung der Schriftsteller.

Obwohl die CDU/CSU ein Dorn im Auge vieler Intellektueller war, folgten sie nicht blind der SPD. Sie sahen die Mängel in der Politik auch dieser Partei, trotzdem stellte die SPD für die meisten Intellektuellen eine bessere Alternative dar. Auch wenn die SPD „dem vulgärsten Antikommunismus geopfert“ hätte, stellte sie für die Intellektuellen eine Hoffnung dar, wenn auch nur „eine winzige, recht winzige Hoffnung“, wie Martin Walser in seiner „Wahlrede auf geliehenem Podest“ schrieb.⁶⁵

Dieses direkte parteipolitische Engagement der Schriftsteller für die SPD setzte sich auch bei der nächsten Wahl im Jahre 1965 fort. Die Hauptfigur dieser „Initiative für Es Pe De“ war Günter Grass. Die Schriftsteller veranstalteten Lesungen und Kundgebungen, schrieben Reden und Texte für die SPD-Politiker, entwickelten Slogans. Die Beweggründe für ihr Engagement waren die wachsende Unsicherheit im politischen Leben und der Wunsch nach der Ablösung der Regierung durch die Opposition. Die Verhöhnung jeder Kritik und Betrachtung der Opposition als lästig seien große Fehler der Regierungspolitik. „Wir brauchen eine Politik, die auf die Zukunft vorbereitet ist. Sachlichkeit und Verhandlungsbereitschaft müssen das Wunschdenken ablösen, das die Regierungspolitik kennzeichnet. Eine veränderte Welt verlangt neue Erkenntnisse auch in der Politik. Darum ist ein Wechsel nötig. Darum plädieren wir für eine Regierung der Sozialdemokraten.“⁶⁶ Diese Wahlanzeige „Aufruf für eine neue Regierung“ wurde von 32 Persönlichkeiten unterschrieben, z.B. von Walter Jens, Günter Grass, Siegfried Lenz, Ernst Bloch, Marcel Reich-Ranicki oder Günter Eich.

Während der Wahlkampagne vor der Bundestagswahl vom 19. September 1965 halfen 17 Schriftsteller⁶⁷ der SPD im Rahmen eines Wahlkontors vom Juli bis September. Das Wahlkontor hatte drei Aufgaben: Ent-

⁶⁵ Walser, Martin: Wahlrede auf geliehenem Podest in: Walser 1961, hier zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 195.

⁶⁶ Ebd. S. 229.

⁶⁷ Peter Härtling, Klaus Wagenbach, Peter Schneider, Nicolas Born, Marianne Eichholz, Hans Christoph Buch, F. C. Delius, Gudrun Ensslin, Hubert Fichte, Rolf Haus, Günter Herburger, Hans-Peter Krüger, Martin Kurbjuhn, Hermann Peter Piwitt, Stefan Reisner, Klaus Roehler, Bernard Vesper-Triangel.

wicklung von Slogans (z.B. „Auch jedes alte Wahre wird einmal zu einem neuen Unwahren.“ Klaus Wagenbach), Umschreiben von Vorlagen sowie den Entwurf von „Standardreden“.⁶⁸ Der Sammelband von Hans Werner Richter „Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative“,⁶⁹ der im Jahre 1965 veröffentlicht wurde und dessen Titel an den Band von Martin Walser von 1961 anknüpfte, forderte direkt, entscheidend und vorbehaltlos zum politischen Engagement auf. Dieser Sammelband enthielt fünfundzwanzig Beiträge⁷⁰ von Schriftstellern und Publizisten. „Statt pauschal das Unbehagen an der Politik des vollständigen Versagens der Regierung Adenauer und Erhard zu formulieren, versuchten die Wahlwerber scharfe Profile von Personen zu verdeutlichen, die ihnen eine bessere Politik zu verheißen schienen.“⁷¹ Von einem Personenwechsel versprachen sich die Intellektuellen einen politischen Wandel. Es wurden sowohl neue Initiativen in der Deutschland- und Ostpolitik erwartet, als auch neue Impulse in der Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit.

Die großen Hoffnungen vieler Schriftsteller erfüllten sich nicht. Die Teilnahme der SPD an der Großen Koalition (1966–1969) unter Georg Kiesinger und die Zustimmung der SPD-Abgeordneten zur Notstandsgesetzgebung bedeuteten für viele Intellektuelle einen Verrat der Partei und trugen zur weiteren Politisierung und Radikalisierung nicht nur unter den Intellektuellen, sondern auch in der gesamten Gesellschaft bei. Die meisten Intellektuellen blieben der SPD wegen der Person Willy Brandts jedoch treu und unterstützten sie auch im Wahlkampf 1969 und 1972. Interessant ist die Tatsache, dass die SPD trotz der „totalen Mobilmachung“ der Intelligenz alle Wahlen bis 1972 verlor. Die Ursache lag laut Anton Böhm in der Entfremdung der Intellektuellen vom Volk.⁷²

Fazit

Die Neugestaltung des kulturellen Lebens der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945–1968 trug wesentlich zur Modernisierung

⁶⁸ Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 230.

⁶⁹ Werner, Hans Richter (Hrsg): Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, Reinbek bei Hamburg 1965.

⁷⁰ Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 301.

⁷¹ Müller 1982, S. 86.

⁷² vgl. Böhm, Anton: Geist und Politik, Die politische Meinung 10 (1965), H. 109, S. 7–10.

und Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft bei. Oft waren es die Schriftsteller, die neue Impulse und zahlreiche Anregungen für die gesellschaftliche und politische Formierung der Bundesrepublik schufen. Auch wenn einige Ideen der intellektuellen Schicht die realen Möglichkeiten deutscher Politiker überschätzten und zugleich die Befugnisse der Alliierten unterschätzten (Illusion von der Stunde Null, die Suche nach einem dritten Weg), stellten diese einen wichtigen Beitrag nicht nur zur gesellschaftlichen Erneuerung der Bundesrepublik, sondern formten auch die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte mit. Sei es mit dem Engagement in verschiedenen Protestbewegungen und aktionistischen Kreisen, sei es mit einem direkten parteipolitischen Engagement oder mit Hilfe ihres literarischen Schaffens. Ihre Tätigkeit, die an der Bewahrung der schwer errungenen Demokratie, Freiheit und Grundrechte orientiert wurde, hielt der pragmatischen Politik der Ära Adenauer und der immer mehr im Wohlstand lebenden und konsumorientierten westdeutschen Gesellschaft den Spiegel vor. Das „Nicht-Vergessen“ der Vergangenheit und die Vergangenheitsbewältigung wurden zum zentralen Thema ihres Engagements, zusammen mit dem Kampf gegen Wiederaufrüstung und atomare Aufrüstung und mit dem Kampf für kulturelle und künstlerische Freiheit. Die Motive für ihr „Einmischen“ war ihre Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik, ihr Wille die neue deutsche Demokratie zu verteidigen (im Gegensatz zur Lage in der Weimarer Republik), aber auch ihre Angst vor einem neuen Weltkrieg bzw. einem weiteren Auseinandertreiben der beiden deutschen Staaten, das Hand in Hand mit solcher Entwicklung ginge. Ihr parteipolitisches Engagement, das einen wichtigen Wendepunkt von den 50er zu den 60er und dann wieder von den 60er zu 70er darstellt, entsprang auch ihrem Wunsch nach einer Änderung der Regierungspolitik und der führenden Politiker. Davon versprachen sie sich nicht nur einen neuen politischen Stil, neue Impulse in Deutschland- und Ostpolitik, sondern auch neue Initiativen in der NS-Vergangenheitsbewältigung. Dank ihres Engagements, das oft auch mit Medienpräsenz verbunden wurde, bekamen die Autoren einen hohen Bekanntheitsgrad, der es ihnen ermöglichte, die breite Öffentlichkeit mit ihren Vorstellungen bekannt zu machen. Das Geschehen in der Bundesrepublik wurde um einen neuen, modernen Aspekt bereichert - um den moralischen Impetus - um die Stimme des Gewissens.

Literaturverzeichnis

- Barner, Wilfried (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart, München 1994.
- Bechtoldt, Heinrich (Hrsg.): Literatur und Politik. Sieben Vorträge zur heutigen Situation in Deutschland, Konstanz 1948.
- Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): Die Intellektuellen. Geist und Macht, Pfullingen 1982.
- Bergsdorf, Wolfgang: Ohnmacht und Anmaßung. Das Verhältnis von Intellektuellen zur Politik, Die Politische Meinung 23 (1978), S. 53–66.
- Böhm, Anton: Geist und Politik, Die politische Meinung 10 (1965), H. 109, S. 7–10.
- Böll, Heinrich: Neue politische und literarische Schriften, Köln 1973.
- Burns, Rob – Will, Wilfried van der: Protest and Democracy in west Germany. Extraparliamentary Opposition and the Democratic Agenda, Basingstoke 1988.
- Cepl-Kaufmann, Gertrude – Johanning, Antje: Die Genese des politischen Kabarets und die Anfänge des Düsseldorfer Kabarets „Kom(m)ödchen“, Dreiseselberg. Studien zur mitteleuropäischen Kultur und Zeitgeschichte 1 (2004) S. 53–93.
- Endruweit, Günther – Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearb. und erw. Aufl., Stuttgart 2002.
- Fischer, Ludwig (Hrsg.): Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986.
- Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 29–96.
- Fuchs-Heinritz, Werner – Lautmann, Rüdiger (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. völlig neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1994.
- Greiffenhagen, Martin: Die Intellektuellen in der deutschen Politik, Der Monat 233 (1968), S. 33–43
- Hillmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 4. überarb. und erg. Aufl., Stuttgart 1994.
- Hoffmann, Ferdinand: Von Weimar bis Bonn? Zwei deutsche Republiken und ihre Dichter. In: Ingen, Ferdinand van – Labrousse, Gerd (Hrsg.): Literaturszene Bundesrepublik. Ein Blick von draußen. Symposion an der Freien Universität Amsterdam, Amsterdam 1988, S. 179–209.
- Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/Main 1989.
- Jäger, Georg: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriss. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73), Tübingen, 2000, S. 1–28.
- Klett, Roderich – Pohl, Wolfgang (Hrsg.): Stationen der Republik, Stuttgart 1979.

- Lanfer, Hans-Günter M.: Politik contra Parnass. Eine Studie über das Verhältnis der Politiker zu den engagierten Schriftstellern in der Bundesrepublik Deutschland unter chronologischen und systematischen Aspekten, Frankfurt/Main 1985.
- Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim – Basel 1982.
- Notstand der Demokratie. Materialien zum Kongress vom 30. 10. 1966, Frankfurt/Main 1967.
- Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich, Jutta: Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Tübingen 2000, S. 295–324.
- Pešek, Jiří: Ve znamení kontinuity: Nad novou literaturou k dějinám německých a rakouských universit let 1933–1945 (1950), AUC Studia territorialia III. 2001 Studia germanica et austriaca, Praha 2002, S. 151–188.
- Pinkerneil, Beate [u.a.]: Literatur und Gesellschaft, Frankfurt 1973.
- Richter, Hans Werner: Warum schweigt die junge Generation? In: Neunzig, Hans A. (Hrsg.): Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation. Eine Auswahl, München 1976, S. 60–65.
- Stachorski, Stephan (Hrsg.): Fragile Republik. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1999.
- Ulsamer, Lothar: Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt, Esslingen am Neckar 1987.
- Wagenbach, Klaus – Winfried, Stephan – Krüger Michael (Hrsg.): Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1949, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1979.
- Walser, Martin (Hrsg.): „Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“, Reinbek bei Hamburg 1961.
- Werner, Hans Richter (Hrsg.): Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, Reinbek bei Hamburg 1965.
- Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 299–320.